

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.05.2024

Inhalt

EWN

1 Norddeutschland für Aufbau grüner Wasserstoffinfrastruktur <i>nordkurier.de, 27.05.2024</i>	3
2 BGE will die Asse nicht „fluten“ <i>Braunschweiger Zeitung, 28.05.2024</i>	4

 nordkurier.de | 27.05.2024 Deutsche Presse-Agentur WEBLINK

Norddeutschland für Aufbau grüner Wasserstoffinfrastruktur

Die norddeutschen Länder setzen auf einen gemeinsamen Aufbau einer grünen Wasserstoffinfrastruktur. „Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Wasserstoffherstellungsanlagen und Speicher hier im Norden entstehen und Investitionsentscheidungen auch aus der privaten Wirtschaft planungssicher gefällt werden können“, sagte Schleswig-Holsteins Energieminister Tobias Goldschmidt (Grüne) am Montag laut einer Mitteilung in Berlin bei der Veranstaltung „Wasserstoff im Norden: Wir sichern die Infrastruktur für morgen“. Goldschmidt hatte Politikerinnen und Politiker, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in die Landesvertretung in Berlin eingeladen.

„Norddeutschland hat schon heute beste Voraussetzungen für eine klimaneutrale Wasserstoffwirtschaftsregion“, sagte Goldschmidt. Erneuerbare Energien, innovative Industrieunternehmen, starke Energiewende-Infrastrukturen sowie die Häfen machten die Küstenregion stark. Niedersachsens Wirtschaftsstaatssekretär Frank Doods (SPD) betonte die Bedeutung des Nordens bei der Speicherung von Wasserstoff: „Bereits heute befindet sich ein großer Teil der Kavernen in Norddeutschland.“ Bisher für Erdgas genutzt, müssten sie in den kommenden Jahren

auf die Speicherung von Wasserstoff umgerüstet werden. Mit Blick auf die prognostizierte Verdopplung des Speicherbedarfs sagte Doods: „Bei diesen Herausforderungen ist es wichtig, dass der Bund jetzt schnellstmöglich die angekündigte Speicherstrategie vorlegt und dabei die Länder beteiligt.“

Bremens Wirtschaftsstaatsrätin Maike Frese verwies auf die potenziell hohe Zahl an Abnehmern im Norden. Dies sei gut für die Wasserstoffwirtschaft beim Hochlauf und auch für die Industrie selbst, „weil grüne Energie und grüner Wasserstoff vor Ort perspektivisch günstige Energiepreise ermöglichen wird“. Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsstaatssekretärin Ines Jesse (SPD) machte sich gleichzeitig für eine bessere Ost-West-Verknüpfung im Wasserstoffkernnetz sowie für eine Synchronisierung zwischen dem Netzausbau und EU-Förderprojekten stark.

Hamburgs Wirtschaftsstaatsrat Andreas Rieckhof (SPD) wiederum nahm den Bund und die EU beim Aufbau seeseitiger Importinfrastrukturen in den Häfen in die Pflicht: „Über die Terminals in den norddeutschen Häfen werden schließlich nicht nur Importe von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten sowie deren Verteilung nach ganz Deutschland ermöglicht, sondern auch Wertschöpfungspotenziale für die gesamte Volkswirtschaft geschaffen.“

 Braunschweiger Zeitung | 28.05.2024 | S. 9

 Auflage: 26.175 | Reichweite: 83.003

 Michael Ahlers

BGE will die Asse nicht „fluten“

Durch die veränderten Laugenzutritte sieht die Bundesgesellschaft derzeit keine Gefahr des „Absaufens“.

Hannover. Anlass zur Sorge bejahen die Verantwortlichen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Doch einen Notfall sehen sie nicht. Die neue BGE-Chefin Iris Graffunder und Mitarbeiter setzten in Hannover Niedersachsens Umweltausschuss über die aktuelle Lage in der „Schachanlage Asse II“ ins Bild. Dort verändern sich derzeit die Wege von Lösungszutritten, die Erkundungen dazu dauern an. Graffunder versicherte vor den Abgeordneten und Vertretern von Bürgerinitiativen aber: „Wir bereiten die Flutung nicht vor.“

„Seit Anfang des laufenden Jahres sinken die Lösungsfassungsraten an der Hauptfassungsstelle der Schachanlage Asse II kontinuierlich. Seit März 2024 hat sich dieser Rückgang noch einmal signifikant verstärkt“, heißt es in einem Vermerk zur Lage. Die BGE informiert auch auf ihren Webseiten fortlaufend. An der Hauptfassungsstelle auf der 658-m-Sohle des Bergwerks wurde „im Normalbetrieb“ der wesentliche Anteil aller in das Grubengebäude laufenden Salzlösungen gefasst. Das abgedeckte Becken war fester Teil der meisten Besichtigungstouren, etwa für Politiker.

Das Problem ist nun nicht etwa, dass über Nacht plötzlich Wassermassen in die Asse strömen würden („Absaufen“). „Wir gehen weiterhin davon aus, dass die Gesamtmenge gleichgeblieben ist“, sagte ein Geologie-Experte der BGE im Ausschuss. Den Experten macht zu schaffen, dass weit weniger der Gesamtmenge auf der langjährigen „Hauptfassungsstelle“ ankommt. Wohin genau aber geht der Rest? „Die Ursachen für den veränderten Salzwasserzutritt sind aktuell weiterhin unklar“, heißt es in einem Schreiben des Asse-Betreibers BGE an die Mitglieder des Umweltausschusses vom 24. Mai. Das Bergwerk sei jedoch einem starken Gebirgsdruck ausgesetzt und daher anhaltend in Bewegung.

Dadurch könnten sich Fließwege des zutretenden Salzwassers verschieben oder das Auffangsystem an der Hauptauffangstelle verändert werden. Seit April

steige die gesammelte Salzwassermenge auf der darunterliegenden 725-Meter-Ebene deutlich an, heißt es weiter. Das an diesen beiden Stellen aufgefangene Wasser habe keinen Kontakt zu den Abfällen und sei nicht radioaktiv belastet. „Einen Anstieg der Salzwassermengen auf der Haupteinlagerungsebene in 750 Metern Tiefe zeigen unsere Messungen bislang nicht“, heißt es weiter. Zuletzt stieg die Menge an der Hauptauffangstelle übrigens wieder an.

In der Asse läuft die Analyse, unter anderem mit Probebohrungen. Außerdem wurde laut BGE eine Genehmigung für die Sanierung der Hauptauffangstelle beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie beantragt. Dabei geht es um den Zustand der zentralen Folienabdichtung von 1996/1997. „Anschließend sollen Bergleute von unten einen Zugang zu diesem tiefsten Punkt schaffen und eine neue Ableitung der aufzufangenden Salzwassermenge einbauen“, so die BGE. Sicherheit bietet all das angesichts der jederzeit möglichen Veränderungen (Stichwort Gebirgsdruck) beim Lösungszutritt zwar nicht. „Die BGE sieht derzeit keine Veranlassung, das Bergwerk gemäß den Planungen für einen Notfall zu fluten“, heißt es aber.

Denn diese Notfallplanung geht von einem „nicht beherrschbaren Lösungszutritt“ aus. BGE-Chefin Graffunder ließ zwar bei ihrer Befragung im Ausschuss durchblicken, dass die aktuelle Entwicklung den Zeitplan für die Bergung des Atommülls nicht eben positiv beeinflusst. Sie sprach zwar von „beschleunigen“, machte dann aber deutlich: „Beschleunigen heißt, dass wir den Termin halten können.“ Der „erste Antragskomplex“ zur Genehmigung der Rückholung soll aber Anfang 2025 vorgelegt werden. In der Auseinandersetzung um das geplante Zwischenlager für den Atommüll ließ Graffunder aber mehr Diskussionsbereitschaft erkennen als ihre Vorgänger. Konditionierung und „Pufferung“ der Abfälle müssten vor Ort erfolgen, sagte sie im Ausschuss. Am Rande der Sitzung äußerte sie Verständnis für Forderungen nach einer Lastenteilung, also einem Zwischenlager nicht direkt

an der Asse. Dass dann weitere Transporte anfielen, ist für die BGE-Chefin offenbar kein Ausschlusskriterium.

Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) erklärte nach der Sitzung: „Statt abzuwarten, müssen wir mit der Rückholung der radioaktiven Abfälle schneller vorankommen. Daher ist es gut, dass die BGE nach langem Drängen nun endlich angekündigt hat, einen konkreten Antrag zur Rückholung bis An-

fang nächsten Jahres zu stellen. Das Versprechen an die Menschen in der Region, den Atommüll aus dem absaufenden Bergwerk zügig zu bergen, muss umgesetzt werden, um Gefahren für die Menschen durch das Asse-Desaster zu vermeiden.“

”Wir müssen mit der Rückholung schneller vorankommen.“ - Christian Meyer, Niedersächsischer Umweltminister (Grüne)